

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger)

Drahtanschrift
Tageblatt Riesner
Fernruf Nr. 20.
Postfach Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesner, des Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptpostamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1530.
Strolacher:
Riesner Nr. 22.

Nr. 222.

Dienstag, 23. September 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintrittens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 4 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Beste Tarife. Verwilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesner. Geschäftsstelle: Gostebstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Helmmann, Riesner; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesner.

Der Geist der Reichswehr.

Unser Berliner Mitarbeiter hatte mit einer prominenten Persönlichkeit im Reichswehrministerium, Major Marsch, eine Unterredung, die die zahlreichen Gerüchte über einen politischen Geist in der Reichswehr zum Thema hatte. Unter besonderem Hinweis auf den Ulmer Prozeß gegen drei Reichswehroffiziere, erklärte Major Marsch etwa folgendes:

Weite Kreise des deutschen Volkes stehen der Reichswehr immer noch mit großem Unverständnis gegenüber, und ich glaube, daß die Mehrzahl der Gerüchte über die Reichswehr ihre Ursache in diesem Unverständnis hat.

Im Jahre 1922 hat der General von Seeckt einmal in einem Erlaß gesagt: "In einem Berufsheer sind Stimmungen unvermeidlich." — Es ist selbstverständlich, daß die Reichswehroffiziere wie alle anderen Staatsbürger der Volkstimmung unterworfen sind und von ihr beeinflusst werden. Sie sind Menschen, keine Maschinen, sie sind Staatsbürger, keine Soldaten im Landrechtsinne. So ist es auch nicht zu vermeiden gewesen, daß eine Anzahl jüngerer und jüngerer Offiziere von einer starken Unzufriedenheit und Wutstimmung erfaßt wurden und die Ansicht vertreteten, daß die Reichswehr von sich aus in den politischen Kampf eingreifen müsse. Wir können ganz offen von dieser Tatsache sprechen, gerade deshalb, weil sie keine Gefahr bedeutet. Denn einmal ist eine solche Wutstimmung noch lange nicht der Kern einer nationalsozialistischen Hellenbildung in der Reichswehr. Gerade die Tatsache, daß die Ulmer Offiziere, die jetzt angeklagt sind, alle drei einem einzigen Truppenteile angehören, beweist uns, daß diese drei Offiziere isoliert gestanden haben. Hätten sie tatsächlich eine nationalsozialistische Hellenbildung in der Reichswehr erreicht, so wäre ihre Stellung jetzt nicht derartig isoliert. Gerade die jungen Offiziere der Reichswehr haben ja mehr als reichlich Gelegenheit miteinander in Führung zu treten. Die Ausbildung der jungen Offiziere ist völlig zentralisiert, im Gegensatz zur Vorkriegszeit besuchten sie eine einzige Waffenschule und gewinnen so auch für spätere Zeiten enge Fühlung. Gäbe es also herartige Hellenbildungen, so wären die Fäden dieses Prozesses viel weiter gesponnen. Es wird nun mancher fragen, wie es möglich sei, daß bei einem Teil der jungen Offiziere eine so große Unzufriedenheit und ein Wille zur politischen Aktivität der Reichswehr herrsche und trotzdem keine nationalsozialistische Hellenbildung vorhanden sei. — All diese jungen Offiziere werden von den Abteilungscommandeuren, die durchweg ruhige und besonnene Leute sind, im Raum gehalten. Zwischen diesen Commandeuren und den jungen Offizieren, ebenso wie der Mannschaft, besteht meines Wissens fast durchweg auch menschlich ein ausgezeichnetes Verhältnis. Dank dieser Beeinflussung ist auch die Stimmung dieser jungen Offiziere durchaus beruhigt. Wenn sie auch privat unzufrieden sein mögen, so sind sie doch militärisch völlig darauf eingestellt, nur dem Befehl des Vorgesetzten zu gehorchen.

Diese jungen Reichswehroffiziere, von denen eben die Rede war, sind außerdem nur eine beschränkte Gruppe innerhalb der Reichswehr. Die überwiegende Mehrheit auch der jungen Offiziere ist weder nationalsozialistisch, noch hat sie sonstige den Ehrgeiz politischer Aktivität. Seit es dem General von Seeckt gelungen ist, die Reichswehr von allen politischen Elementen zu bereinigen, ist dort nie wieder ein politischer Geist eingezogen, die Reichswehr ist, das muß gegenüber allen Diffamierungsgerüchten und gegenüber allen Kombinationen, die an den einmaligen Ulmer Prozeß geknüpft werden, noch einmal laut und deutlich gesagt werden, ein treues Instrument der Reichsgewalt. Herrichten in der Reichswehr tatsächlich politische Diktaturbestrebungen, so wäre es gar nicht zum Ulmer Prozeß gekommen. Denn dann hätte entweder kein Reichswehrangehöriger seinem Vorgesetzten über die Bestrebungen dieser Offiziere Bericht erstattet oder der Vorgesetzte hätte diesen Bericht schweigend zur Kenntnis genommen und ihn nicht an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet.

Wer kann es auf Grund dieser Tatsachen verantworten, von dem Treiben einer sehr kleinen Anzahl junger Offiziere auf diktatorische Bestrebungen der Reichswehr zu schließen, ohne dem Interesse der Staatsicherheit und des Staatswohls auf das Schwerste zuwiderzuhandeln?

Wir empfinden es als überaus schmerzhaft, daß die Reichswehr heute in so starkem Maße den Zusammenhang mit dem Volke verloren hat. Aus dieser Trennung, die bei der Struktur unserer Reichswehr nicht leicht zu vermeiden ist, ergeben sich die meisten Mißverständnisse. Für die Reichswehroffiziere selbst ist es überaus schmerzhaft, diesen Zusammenhang mit dem Volk verloren zu haben und die beste Ausgabe des Offiziers der Vorkriegszeit, Erzieher der jungen Volksträfte, der Rekruten, sein, nicht mehr erfüllen zu können. Aber wir glauben, daß es oft im deutschen Volke auch nur an dem guten Willen fehlt, die Reichswehr als Berufsheer zu verstehen und ihr gerecht zu werden. Wohl in keinem anderen Lande Europas steht das Heer so im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte und ist so Zielobjekt scharfster Angriffe wie in Deutschland.

Wir sehen in der Frage der Politisierung der Reichswehr nicht nur eine Gefahr für das politische Leben, sondern auch eine Gefahr für die Reichswehr selbst. Würde sie tatsächlich politische Tendenzen pflegen, so wäre die Reichswehr binnen ganz kurzer Zeit im politischen Tageskampf verdrängt. Eine Politisierung der Reichswehr würde, das wissen wir genau, einer Diktatur der Reichs-

Vor den innerpolitischen Auseinandersetzungen.

Berlin, 23. September.

Die für heute nachmittag 4 Uhr angesetzte Kabinettsitzung wird in politischen Kreisen als der eigentliche Auftakt der kommenden innerpolitischen Auseinandersetzungen gewertet. Sie hat die Aufgabe, mit der Beratung der Gesetzesvorlagen, die dem neuen Reichstag vorgelegt werden, die Grundlagen für die Besprechungen zu liefern, die der Kanzler nun voraussichtlich Mitte der Woche mit den Führern der Parteien weiterführen wird. In den Kreis dieser Besprechungen sollen, wie von unterrichteter Seite betont wird, alle Parteien einbezogen werden, von denen man vielleicht annehmen kann, daß sie zu sachlicher Mitarbeit bereit sind. Der Kanzler wird also außer mit den Parteien, die das Kabinett bisher stützen, bestimmt mit den Sozialdemokraten verhandeln. Man nimmt aber an, daß die Sondierung sich auch auf die rechte Opposition erstrecken werden. Dabei ist keineswegs die Rede, daß es um Koalitionsverhandlungen geht; vielmehr scheint der Kanzler unter Verhandlungen über die sachliche Mitarbeit der Parteien zu verstehen, daß er versuchen will, über den Inhalt der Gesetzesvorlagen eine Einigung zu erzielen, die es einem Teil der bisherigen Opposition erlaubt, ihnen im Reichstag ihre Zustimmung zu geben.

Ueber die Art dieser Verhandlungen und die Taktik, wie man sie sich in Zentrumskreisen denkt, ist ein Leitartikel in der gestrigen Abendausgabe der "Germania" aufschlußreich, der sich mit den Forderungen auseinandersetzt, die der "Vorwärts" am Sonntag angemeldet hat. Die "Germania" stellt fest, daß die Anhänger des Zentrums durch die Wahl gezeig hätten, daß sie zum Reichskanzler Dr. Brüning das Höchstmäß von Vertrauen haben. Das Blatt knüpft daran den Rat an die Sozialdemokratie, sich nicht auf das hohe Ross zu setzen und nicht in demselben Augenblick, in dem sie durch den "Vorwärts" Vernunft predigt, Parteiforderungen aufzustellen, von denen Dr. Brüning in einer seiner Unterredungen schon jetzt erklärt hat, daß die anderen Parteien dafür nicht zu haben sein würden. Der "Vorwärts" hatte gesagt, es komme jetzt für die Sozialdemokratie darauf an, ihre taktische Stellung auszunutzen. Dazu bemerkt die "Germania": "Vor lauter Taktik ist das deutsche Volk in seine Räder geraten. Wir sind der Meinung, daß sich diese Methoden wirklich überlebt haben... Die Parteien bereiten sich ansehend auf das Feilschen vor, das leider die Charakteristik der letzten Parlamentszeit gewesen ist. Törichtler könnte der neue Reichstag seine Arbeit nicht beginnen."

Starke Gegensätze im Genfer Abrüstungsausschuß.

Genf, 23. September.

Der Abrüstungsausschuß der Völkerverversammlung hat gestern mit der Beratung des Konventionssentwurfs über die Verhütung der kriegsverhütenden Maßnahmen begonnen. Schon bei der Behandlung des ersten Artikels zeigte sich, daß die alten Gegensätze, die seinerzeit im Sicherheitskomitee das Zustandekommen eines Einheitsentwurfes verhindert haben, weiter bestehen. Die deutsche Regierung hat einen Antrag eingebracht, der die gegenwärtigen Meinungen auszugleichen sucht, damit noch auf der jetzigen Völkerverversammlung ein einheitlicher Konventionssentwurf zustandekommen. Die Hauptschwierigkeit bildet die von Frankreich vertretene Sanktions- und Kontrollidee, für die sich der Vertreter Frankreichs auch gestern wieder unangenehm eingeleitet hat, und gegen den von dem Vertreter Englands ebenfalls entgegengesetzten Einspruch erhoben worden ist. Reichstagsabgeordneter Dr. Breitscheid erläuterte den neuen deutschen Antrag, der den Völkerratsrat ermächtigt, den streitenden Parteien im Interesse einer friedlichen Beilegung des Konflikts auszufragen, ihre auf das Gebiet eines anderen Staates ausgeübten Streitkräfte zurückzuziehen und sie in einer bestimmten Entfernung von einer Demarkationslinie zu halten. Dieser Antrag soll, wie Dr. Breitscheid ausführte, verhindern, daß in einer kritischen Situation die Wehr von selbst losgehen. Der Vertreter Frankreichs betonte, daß Frankreich nur einer Konvention zustimmen könne, die einen Ausbau des Kontroll- und Sanktionsapparates enthalte. Die Festlegung einer Demarkationslinie würde sich nicht auf den Landkrieg beschränken, sondern müsse auf den See- und Luftkrieg ausgedehnt werden. Lord

Cecil appellierte an die französische Delegation, angesichts der kritischen Lage sich zunächst mit den Fortschritten zu begnügen, die der vorliegende Konventionssentwurf bezüglich der Sicherheit enthalte. Der ehemalige kanadische Ministerpräsident Borden erklärte, daß Kanada auf keinen Fall eine Vermehrung der Sanktions- und Kontrollmaßnahmen zulassen werde. Die Weiterberatung wurde schließlich auf heute vertagt.

Die Frage des Zusammentritts der Abrüstungskommission.

Genf. In Völkerverfassungen war gestern nachmittag das Gericht verbreitet, daß die vorbereitende Abrüstungskommission, die für den 8. November einberufen ist, nicht zusammentreten werde. Es wurde behauptet, daß über die Vertagung eine Vereinbarung zwischen den Großmächten getroffen worden sei. Es dürfte zutreffen, daß auf französischer Seite solche Wünsche bestehen. Was England betrifft, so ist daran zu erinnern, daß der englische Außenminister Henderson erst vor wenigen Tagen in der Völkerverammlung des Völkerrates sich gegen jede weitere Verschiebung der Abrüstungsarbeiten durch die vorbereitende Abrüstungskommission ausgesprochen hat. Außerdem hat Lord Cecil, der England in der vorbereitenden Abrüstungskommission vertritt, gestern im Abrüstungsausschuß der Völkerverversammlung der bestimmten Erwartung Ausdruck gegeben, daß die vorbereitende Abrüstungskommission auf ihrer Tagung im November ihre Arbeiten endgültig zum Abschluß bringen wird.

Drohende Kabinettsstrife in Oesterreich?

Genf, 23. September.

Die österreichische Regierung hat gestern im Abrüstungsausschuß der Völkerverversammlung eine Erklärung abgegeben, die den Eindruck erweckt, daß die österreichische Regierung sich nicht bereit erklärt hat, die von Frankreich vertretene Sanktions- und Kontrollidee zu unterstützen. Die Erklärung lautet: "Die österreichische Regierung hat die von Frankreich vertretene Sanktions- und Kontrollidee nicht als Grundlage für eine Abrüstungskonvention angesehen. Sie hat sich nicht bereit erklärt, diese Idee zu unterstützen." Diese Erklärung hat in den Reihen der österreichischen Delegationen große Aufregung hervorgerufen. Es wird erwartet, daß dies zu einer Kabinettsstrife führen wird.

Das Blatt bemerkt zu der Erklärung, daß ein Kompromiß angesichts der Haltung Vauginis in dieser Frage ausgeschlossen erscheint, was umso bedeutungsvoller sei, als das Mandat Dr. Vauginis am 20. September abläufe und sich der Ministerrat damit zu beschäftigen haben werde, ob er weiterhin mit der verantwortlichen Funktion eines Bundesbahnpräsidenten zu betrauen sei. Vizekanzler Vauginis sei jedenfalls fest entschlossen, seinen Standpunkt aufrecht zu erhalten, und es bestehe auch gar kein Zweifel, daß die christlich-sozialistische Partei keine Haltung billigen werde. Es könne also möglicherweise zu kritischen Tagen für das Kabinett kommen.

Die anderen Montagblätter berichten, daß Handelsminister Dr. Schuster dem Bundeskanzler keinen Rücktritt angeboten habe, weil Vizekanzler Vauginis vertrauliche Mitteilungen aus dem Ministerrat an die Zeitungen weitergegeben habe. Ein weiterer Grund für den Rücktritt seien die absolut hollösen Beschuldigungen gegen den Bundesbahnpräsidenten Vanhans.

Schober vermittelt.

Genf. Bundeskanzler Dr. Schober hatte am Montag Besprechungen mit den Vertretern der Mehrheitsparteien. Es wurden verschiedene Vermittlungsvorschläge vorgebracht und man hofft, den Konflikt auf gutlichem Wege beizulegen, jedoch wurde bis jetzt noch keine Einigung erzielt. Am Mittwoch findet ein entscheidender Kabinettsrat statt, von dem man erwartet, daß er eine Klärung der Sache bringen wird.